



**ZENTRUM**

Deutsche Zentrumspartei

- Älteste Partei Deutschlands gegründet 1870 -

---

**Kreistagsabgeordneter**

**Gerhard Woitzik**

1. stellv. Bürgermeister d. Stadt Dormagen  
Mitglied des Rates der Stadt Dormagen

Straberger Weg 12  
41542 Dormagen

Telefon: (0 21 33) 9 12 31

---

## **Haushaltsrede**

**zum Kreishaushalt 2009**

**25. März 2009**

Sehr geehrter Herr Landrat,  
sehr geehrte Damen und Herren,

es ist kein Geheimnis, dass der Haushalt des Rhein-Kreises Neuss zu 62 % über die Kreisumlage der kreisangehörigen Städte und Gemeinden finanziert wird.

Der Kreishaushalt ist somit im klassischen Sinne ein „umlagefinanzierter“ Haushalt.

Kein Geheimnis ist es aber auch, dass die Bürgermeister und Kämmerer der kreisangehörigen Kommunen von Jahr zu Jahr die Festlegung des Umlagesatzes für die Kreisumlage äußerst kritisch beäugen.

Nach den Vorschriften des Haushaltsrechts werden die Kommunen zwar an der Aufstellung des Haushaltsplanes des Rhein-Kreises Neuss beteiligt;

ihr Einfluss zu Veränderungen des Zahlenwerkes tendiert jedoch gegen Null.

So haben z. B. die Bürgermeister von Dormagen und Grevenbroich in einer gemeinsamen Eingabe vom 06.03.2009 den Landrat des Kreises Neuss und damit zugleich den Kreistag aufgefordert, die Überschüsse aus den Jahren 2007 und 2008 bei der Bemessung der Kreisumlage 2009 zu berücksichtigen.

In diesem Schreiben heisst es: „Aufgrund der Überschüsse ist eine Senkung der Kreisumlage 2009 um mindestens 2 % geboten.“

Ziel des Verfahrens ist es, die Überschüsse im Kreishaushalt, die aufgrund einer zu hoch erhobenen Kreisumlage erzielt wurden, nicht für alle Zeiten in der allgemeinen Rücklage verschwinden zu lassen, sondern den kreisangehörigen Städten und Kommunen, die diese erwirtschaftet haben, zurück zu geben.

Ein solches Vorgehen ist insbesondere vor dem Hintergrund einer erfolgreichen gemeinsamen Zusammenarbeit zum Wohle aller Bürgerinnen und Bürger im Rhein-Kreis Neuss geboten.

Im Interesse der gesamten Kreisgemeinschaft wird gefordert, die Kreisumlage nur in der Höhe zu erheben, die erforderlich ist, um den Saldo aus Verwaltungstätigkeit auszugleichen.“ (Zitat Ende)

Nach Auffassung der Zentrumsparterie ist die Eingabe der beiden Bürgermeister plausibel und hat durchaus Anspruch, ernst genommen zu werden.

Wie ist aber die Verwaltungsspitze des Rhein-Kreises Neuss und die Politik im Finanz- und

Kreisausschuss wohl mit diesem Schriftstück umgegangen?

In der Niederschrift über die Sitzung des Finanzausschusses des Rhein-Kreises Neuss vom 09.03.2009 wird lediglich auf diese Eingabe hingewiesen; der Verlauf der Beratungen hierüber wird jedoch mit keinem Wort erwähnt.

Wie stets in der Vergangenheit haben auch diese Einwendungen beim Rhein-Kreis Neuss keinerlei Wirkung gezeigt, obwohl der Beschluss in der Niederschrift des Finanzausschusses vom 09.03.2009 wie folgt protokolliert ist.

Ich zitiere:

„Der Finanzausschuss nimmt die Stellungnahme der Städte und Gemeinden zur Kenntnis. Die Anregungen und Forderungen fließen in die Haushaltsberatungen ein.“  
(Zitat Ende)

Eine solche Vorgehensweise ist für mich völlig unverständlich.

Vor allem die Aussage, der Finanzausschuss habe die Stellungnahmen seiner Städte und Gemeinden begrüßt, ist recht sonderbar; sie belastet meines Erachtens das Verhältnis zwischen Kommunen und Kreis.

Der Finanzausschuss ist zusammen mit dem Landrat einfach in einer Art Pflichtübung über die Forderung der Städte und Gemeinden hinweg gegangen, indem er den Umlagesatz in einer gegenüber dem Haushaltsentwurf unveränderten Höhe von 41,25 % festgelegt hat.

Die geforderte Senkung der Kreisumlage um 2 % würde aber bei den kreisangehörigen Kommunen ein Volumen von rund 10 Millionen Euro als Minderbelastung ergeben.

Die Stadt Dormagen würde z. B. in 2009 1,5 Millionen Euro Kreisumlage einsparen.

Durch eine 2 %ige Senkung der Kreisumlage wäre aber der Ausgleich des Kreishaushalts 2009 nicht gefährdet, da der Kreis über eine komfortable Ausgleichsrücklage von mehr als 30 Millionen Euro verfügt.

Ein solcher Bestand bei der Ausgleichsrücklage ist ohnehin aus Sicht der Städte und Gemeinden ein Novum, zumal sie selbst zur Bildung einer solchen Rücklage keinen einzigen Euro übrig haben.

Dass ein solches Gebahren des Rhein-Kreises Neuss bei den Kommunen zur Verärgerung führt, ist nur allzu verständlich, zumal die Ausgleichsrücklage von rund 30 Millionen Euro größtenteils aus der von ihnen entrichteten Kreisumlage stammt.

Ein Verzicht des Rhein-Kreises Neuss auf die Ansammlung einer Ausgleichsrücklage würde es

ermöglichen, die Kreisumlage um 6 % zu senken und damit die Städte und Gemeinden um rund 30 Millionen Euro zu entlasten.

Es ist nur konsequent, wenn die Zentrumsparlei heute bei der Beratung des Tagesordnungspunktes 8.1 "Beteiligungsrecht der kreisangehörigen Städte und Gemeinden bei der Aufstellung der Haushaltssatzung des Rhein-Kreises Neuss gemäß § 55 KrO NRW" beantragt, dem Begehren der Städte Dormagen und Grevenbroich auf Senkung der Kreisumlage um 2 % stattzugeben und die dadurch entstehende Minderung der Einnahmen um ca. 10 Millionen Euro durch die Entnahme aus der Ausgleichsrücklage zu kompensieren.

Ich bin sicher, dass eine solche Entscheidung bei den Kommunen ein positives Echo auslösen würde.

Meine sehr geehrte Damen und Herren,

in der Vergangenheit habe ich stets bemängelt, dass der Rhein-Kreis Neuss entgegen den Haushaltsvorschriften seinen Haushalt immer wieder zu spät verabschiedet habe.

Auch in 2009 sind vom neuen Haushaltsjahr bereits drei Monate vergangen und die notwendige Genehmigung durch die Bezirksregierung in Düsseldorf wird einen weiteren Zeitraum beanspruchen, so dass der Kreishaushalt 2009 erst in der zweiten Jahreshälfte in die Umsetzungsphase gelangt.

Dies bedeutet, nicht mehr und nicht weniger, als dass für die Verwirklichung des Kreishaushalts 2009 lediglich sechs Monate zur Verfügung stehen.

Dies ist hauptsächlich auch der Grund dafür, dass die von den Bürgermeistern aus Dormagen und Grevenbroich erwähnten Überschüsse im Kreishaushalt entstanden sind.

Der Haushalt 2009 wird vermutlich erneut mit einem Überschuss abschließen und bei den kreisangehörigen Städten und Gemeinden erneut Unmut aufflammen lassen.

Die Zentrumsparlei appelliert an die Kreistagsmitglieder des Rhein-Kreises Neuss, sich im neugewählten Kreistag mit dieser Grundsatzfrage einer rechtzeitigen Verabschiedung des Haushalts zu beschäftigen.

Es ist unverantwortlich, dass der Rhein-Kreis Neuss in Permanenz gegen haushaltsrechtliche Vorschriften verstößt, die zu einer ungerechtfertigten Bindung von Finanzmitteln seiner

kreisangehörigen Kommunen und damit zu einer Produzierung von Haushaltsresten führen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

die Zentrumspartei ist der Auffassung, dass sich der Rhein-Kreis Neuss auch einmal mit dem Aufgabenbereich "Bau, Betrieb und der Unterhaltung von Kreisstraßen" befassen sollte.

In diesem Bereich werden in 2009 rund 10 Millionen Euro ausgegeben.

Es wäre deshalb interessant zu erfahren, ob es in diesem Komplex nicht Möglichkeiten der Optimierung gibt.

Insbesondere sollte die Kreisverwaltung zunächst in Erfahrung bringen, ob es bei anderen Kreisen bzw. kreisfreien Städten andere Modelle für die Erledigung dieser Aufgaben gibt.

Es dürfte aber auch angebracht erscheinen, der Frage nachzugehen, inwieweit es sinnvoll wäre, diese Aufgaben dem Landesbetrieb Straßenbau NRW zur Erledigung zu übertragen.

Vielleicht führen solche Untersuchungen sogar zu der Erkenntnis, dass diese Aufgaben von der privaten Wirtschaft wesentlich kostengünstiger erledigt werden können.

Die Zentrumspartei hat sich vorgenommen, dieses Thema im neuen Kreistag zur Beratung aufzurufen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

in Anbetracht dessen, dass der Termin für die neuen Kommunalwahlen immer näher rückt, ist ein Blick sowohl in die Vergangenheit als auch in die Zukunft der Kreispolitik durchaus angebracht, zumal die Oppositionsparteien im Kreistag sich darin einig sind, dass die absolute Mehrheit der CDU bei den anstehenden Kommunalwahlen unter allen Umständen verhindert werden müsse.

Auch während der zu Ende gehenden Wahlperiode hat sich herausgestellt, dass die absolute CDU-Mehrheit im Kreistag die typischen Merkmale von Arroganz und Machtmissbrauch aufzuweisen hat, wie dies im Allgemeinen der Fall ist.

Als bestes Beispiel hierfür eignet sich der Hinweis auf das Verhalten der CDU-Mehrheit in Sachen Verkauf der RWE-Aktien. Obwohl es überhaupt keinen Grund dafür gibt, diese Aktien im Besitz des Rhein-Kreises Neuss zu halten, hat die CDU-Mehrheit aus reiner Machtpolitik bisher die Veräußerung dieser Aktien verhindert.

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

die Zentrumspartei wird sich weiterhin für eine wesentliche Verbesserung der Bürgernähe im Rhein-Kreis Neuss einsetzen.

Bisher hat die CDU-Mehrheit im Kreistag die von der Zentrumspartei gestartete Initiative, in den Bürgerbüros der Städte und Gemeinden im Kreisgebiet örtliche Anlaufstellen zur Erledigung von Kreisangelegenheiten einzurichten, blockiert.

Diese völlig unverständliche Ablehnung des Vorschlags der Zentrumspartei kann nur auf die von der absoluten CDU-Mehrheit praktizierte Machtpolitik zurückgeführt werden.

Sachliche Gründe gibt es dafür jedenfalls nicht.

Im Zeitalter der sich immer mehr entwickelnden Computertechnik mit ihren fast unendlichen Vernetzungsmöglichkeiten würde die von der Zentrumspartei konzipierte Verlagerung von Verwaltungsaufgaben für die Bürger des Kreises nicht nur zur Reduzierung von Zeit und Kosten (Fahrten nach Grevenbroich bzw. Neuss fielen weg), sondern auch zur Umweltverbesserung (Pkw-Abgase bei Fahrten zur Kreisverwaltung entfielen) führen.

Für die Erledigung von Bürgeranliegen vor Ort mit einem beträchtlichen Volumen kämen z. B. die Gewährung von Elterngeld und die Erledigung von Angelegenheiten der Kriegsbeschädigten und Kriegshinterbliebenen sowie Behinderter infrage.

Übrigens haben sich die erst vor einiger Zeit bei der örtlichen Stadtverwaltung eingerichteten Außenstellen des Finanzamtes in Dormagen und Meerbusch für die Bürger bestens bewährt.

Die Zentrumspartei ist sich deshalb ganz sicher, dass die von ihr angestrebte Verlagerung von Kreisangelegenheiten auf die Bürgerbüros der kreisangehörigen Städte und Gemeinden genau den selben Zuspruch finden wird.

Die Zentrumspartei wird sich zur Verbesserung der Bürgernähe ferner für die Einrichtung einer Außenstelle des Straßenverkehrsamtes in Korschenbroich einsetzen.

Nach Auffassung der Zentrumspartei sind die Korschenbroicher gegenüber den anderen Kreisbewohnern benachteiligt.

Eine neue Lösung mit vier Außenstellen (Neuss, Grevenbroich, Dormagen und Korschenbroich) sollte mit einem neuen Zuschnitt der vier Standorte verknüpft werden.

Im Rahmen der Grundwasserproblematik sollte sich der Rhein-Kreis Neuss bei der Entschlammung des Nordkanals in den Städten Neuss, Korschenbroich und Kaarst mit der Verbrennung des Schlammes, von dem inzwischen eine starken Geruchsbelästigung ausgeht, für eine Biogasanlage zur kostengünstigen Energiegewinnung einsetzen.

Mit einer solchen Maßnahme würden zugleich die Grundwasserprobleme verbessert werden, zumal die Entschlammung des Nordkanals die Aufnahmefähigkeit von Grundwasser verbessert.

Auch dem Grundwasserproblem im Dormagener Stadtteil Gohr müsste stärkere Bedeutung beigemessen werden, zumal die Bürger von Gohr bisher nicht davon überzeugt werden konnten, das man sich ernsthaft um ihre Probleme kümmert.

Die Zentrumspartei wird sich auch im neuen Kreistag für den Verkauf der im Besitz des Rhein-Kreises Neuss befindlichen RWE-Aktien einsetzen, für die derzeit ein Wertvolumen von rund 10 Millionen Euro anzusetzen ist.

Dadurch könnte die Kreisumlage um rund 1,5 % gesenkt werden.

Dies würde den in finanziellen Nöten befindlichen Städten und Gemeinden im Rhein-Kreis Neuss gut tun.

Beispielsweise würde die Stadt Dormagen rund 800.000 Euro an Kreisumlage einsparen.

Im übrigen handelt es sich bei dem Aktienbesitz eindeutig um ein Spekulationsgeschäft.

Gerade die weltweite Finanzkrise hat jetzt deutlich gemacht, zu welchem Ruin solche Geschäfte führen können.

Es ist aber unverantwortlich, dass der Rhein-Kreis Neuss für Spekulationsgeschäfte Steuermittel einsetzt.

Die Spekulation mit Aktien gehört nicht zum Kerngeschäft einer Kommune. Der neu zu wählende Kreistag muss nun endlich diesem Spekulationsgeschäft die Rote Karte zeigen.

Sehr geehrter Herr Landrat, meine sehr geehrten Damen und Herren,

trotz einiger kritischen Anmerkungen zum Haushalt 2009 sieht die Zentrumspartei keinen Anlass, diesen Haushalt in seiner Gesamtheit rundweg abzulehnen.

Der überwiegende Teil des Haushalts 2009 ist vielmehr durchaus positiv zu bewerten, so dass die Zentrumspartei ihm ihre Zustimmung nicht versagen möchte.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.